

Essay

Australien lacht über Europa

Immer noch hält sich der Kontinent für großartig und gewichtig in der Welt. Australien hat andere Vorbilder: Das Land ist fast schuldenfrei, modern und vorbildlich in seiner Integrationspolitik / Von Oliver Marc Hartwich

In der Vorrunde der Fußballweltmeisterschaft nächstes Jahr werden sie direkt aufeinandertreffen, Australien und Deutschland. Die Geringschätzung des vermeintlich schwächeren Gegners aus Down Under verbirgt sich dabei in Deutschland hinter der diplomatischen Formulierung von einer „lösbaren Aufgabe“.

Das ist typisch für die in ganz Europa verbreitete und oft an Arroganz grenzende Einstellung gegenüber dem asiatisch-pazifischen Raum, nicht nur im Fußball. Tatsächlich spielt gerade Australien inzwischen in einer anderen Liga als Deutschland. Schade nur, dass die Deutschen das nicht zur Kenntnis nehmen.

In Australien lebende Deutsche können sich heute per Internet-Radio und -Fernsehen, Podcasts und Nachrichtenportalen über das Geschehen in der fernen Heimat gerade so auf dem Laufenden halten, als hätten sie Deutschland nie verlassen. Aber mit der Zeit stellt sich dabei das unbehagliche Gefühl ein, an einer merkwürdigen Wahrnehmungstörung zu leiden. Wie ist es möglich, dass Deutschland von Krise zu Krise zu schlingert, während die Australier selbst die globale Finanzkrise weitgehend unbeschadet überstanden haben? Und wie kann es sein, dass in Deutschland dieselben Fragen immer und immer wieder diskutiert werden, ohne dass sich dort jemals etwas zum Besseren ändert?

Die Antwort auf beide Fragen ist dieselbe: In den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich Australien von Grund auf neu erfunden und konsequent modernisiert, während die Deutschen das Ausmaß ihrer Probleme bis heute nicht begriffen haben.

Unter den sozialdemokratischen Premierministern Bob Hawke und Paul Keating hatte Australien in den 80er-Jahren seine Währung freigegeben, Handelsbarrieren abgebaut und Produktmärkte liberalisiert. In Deutschland war Helmut Kohl Kanzler.

In den 90er-Jahren wurden in Australien sowohl unter sozialdemokratisch als auch konservativ geführten Regierungen Staatsunternehmen privatisiert, Sozialstaat und Arbeitsmarkt reformiert sowie ein radikal neues Steuersystem eingeführt. Und in Deutschland war Kohl immer noch Kanzler, bis man sich nach 16 Jahren an ihm leidgesehen hatte und Gerhard Schröder wählte.

Auch im vergangenen Jahrzehnt änderte sich nichts am Reformeifer der Australier, die nun ihre öffentlichen Haushalte sanierten und die Schulden des Bundes weitgehend abtrugen. Der jetzige sozialdemokratische Premierminister Kevin Rudd wurde 2007 überhaupt erst wählbar, nachdem er sich selbst wiederholt als „ökonomisch konservativ“ bezeichnet und Haushaltsüberschüsse versprochen hatte. In Deutschland hingegen beendeten die Liberalisierungstriebschritte der Agenda 2010 sowohl die Regierung Schröder als auch den temporären Reformeifer von Angela Merkel.

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Konzepte in der Wirtschaftspolitik, wobei man für Deutschland eher von ökonomischer Konzeptionslosigkeit sprechen sollte, ist eindeutig: Australien hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Wachstumsdynamik erlebt, von der Deutschland nur träumen kann.

Im Zeitraum von 1991 bis 2008 wuchs die australische Wirtschaft durchschnittlich um über 3,5 Prozent pro Jahr. In Deutschland waren es kümmerliche 1,5 Prozent. Im selben Zeitraum wurde die australische Arbeitslosigkeit nach ILO-Rechnungsart von 9,3 auf 4,3 Prozent mehr als halbiert, während sie in Deutschland von 5,5 auf 7,4 Prozent kräftig stieg. Das ist umso bemerkenswerter, als Australien gleichzeitig auch



Australier können stolz auf ihr Land sein, es boomt in allen Bereichen

noch einen massiven, überwiegend migrationsbedingten Bevölkerungszuwachs nicht nur verkraftete, sondern diese Einwanderer erfolgreich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integrierte.

Gerade in der Frage der Integration trennen Deutschland und Australien Welten. Wenn Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin zu Recht darauf hinweist, dass es große Bildungs- und Integrationsdefizite bei in Deutschland lebenden Migranten gibt, dann war das noch zu harmlos beschrieben. Er hätte ebenso gut erwähnen können, dass

Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von knapp neun Prozent zwischen 20 und 30 Prozent aller schweren Straftaten begehen. Im Bereich der organisierten Kriminalität beträgt der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger sogar 58 Prozent. Vielleicht liegt dies auch daran, dass die Deutschen den Ausländern zu keinem Zeitpunkt eine verbindliche Grundlage für das Zusammenleben in ihrem Land vorgegeben haben.

Ganz anders stellt sich die Integration in Australien dar. Australier haben eine klare Vorstellung davon, wer sie sind und was sie

sein wollen, nämlich eine offene, durchaus auch stolze Nation aus unterschiedlichen Ethnien mit einer gemeinsamen Sprache und gemeinsamen Grundwerten. Nichts anderes erwarten sie von ihren Einwanderern. Es steht ihnen auf dieser Grundlage frei, ihre Religion auszuüben und Traditionen zu pflegen, aber sie müssen dabei zu einem lebendigen und voll integrierten Teil der australischen Gesellschaft werden.

Das dies insgesamt gut funktioniert, das beweisen die Zahlen vom australischen Arbeitsmarkt, der jedes Jahr Hunderttausende

de Zuwanderer aufsaugt. Während Deutschland mehr schlecht als recht mit seinen Migranten lebt, lebt Australien vom Fleiß und der Kreativität seiner Einwanderer. Gerade auch deshalb bleibt Australien ein attraktives Ziel für junge, gut qualifizierte und integrationswillige Zuwanderer. Bis 2050 soll die Bevölkerung so von jetzt 22 Millionen auf dann 35 Millionen wachsen, während der deutsche Schrumpfungs- und Alterungsprozess längst begonnen hat.

Mit seinen strukturellen Problemen in den Bereichen Wirtschaft, Demografie und Integration ist Deutschland ein Land, von dem sich Australien nichts verspricht noch für die Zukunft etwas erhofft. Für Australier ist es allem spannender, sich auf den Aufschwungsoptimismus in der eigenen Region einzulassen, als europäischen Staaten wie Deutschland beim langsamen Niedergang zuzuschauen.

US-Präsident Barack Obama scheint das ähnlich zu sehen: Zum Jubiläum des Mauerfalls nach Berlin flog er nicht, wohl aber zur Konferenz der Apec-Staaten nach Singapur. Das 21. Jahrhundert wird im asiatisch-pazifischen Raum gemacht, und kein anderes Land profitiert so sehr davon wie Australien. Europa, sozusagen der Mutterkontinent Australiens, spielt demgegenüber eine immer geringere Rolle.

Umso bemerkenswerter, dass man in Deutschland immer noch glaubt, man könne der Welt seine angeblich bewährten Modelle zur Nachahmung empfehlen. Es hat etwas Weltfremdes, wenn die Bundeskanzlerin auf G-20-Treffen für die soziale Marktwirtschaft (oder das, was sie aktuell darunter versteht) wirbt. Glaubt sie wirklich, dass die Australier das chronische Defizit der deutschen Sozialkassen für nachahmenswert halten? Denkt sie vielleicht, dass sich die Chinesen nach dem System der deutschen Mitbestimmung sehnen, weil ihre Gewerkschaftsfunktionäre dann auch einmal Lustreisen nach Brasilien unternehmen können? Und wie erklärt man 400 Millionen Indern ohne Stromanschluss die Vorzüge des deutschen Atomausstiegs?

Deutschland hat es jahrzehntlang verpasst, seine Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfest zu machen. Nun hätte die neue schwarz-gelbe Bundesregierung vielleicht die letzte Möglichkeit, dringend benötigte und lange vernachlässigte Reformen durchzuführen, bevor das Land endgültig in der Schulden-, Demografie- und Segregationsfalle versinkt. Doch obwohl die Bundestagswahl die theoretisch reformfreudigste Regierung hervorbrachte, die Deutschland erhalten konnte, bewegt sich wieder einmal nichts.

Im Gegenteil: Schwarz-Gelb ist die Fortsetzung von Rot-Grün ohne andere Mittel. Der FDP-Entwicklungsminister lässt sich von Bob Geldof als „kompetent“ preisen und verspricht Subventionen für weltweite Klimaprojekte. Die Sozialpolitiker der Union denken sich munter neue Wohltaten für Familien aus, und auch die nunmehr verfassungsrechtliche Schuldenbremse hält keinen der Koalitionären von einer Politik auf Pump ab. Vom ewigen Reformstau im Steuerrecht oder beim Föderalismus ganz zu schweigen.

Die Deutschen können sich freuen, wenn sie Australien nächstes Jahr wenigstens beim Fußball schlagen. Viel mehr zu feiern wird es für sie in Zukunft auch nicht geben.

Der Autor arbeitet in der Wirtschaftsforschung des Centre for Independent Studies in Sydney (www.cis.org.au)

forum@welt.de

Kolumne



Maxeiner & Miersch

Die Last mit der Beweislast

Es soll Leute geben, die haben ihren Fernseher abgeschafft. Weil ihnen das Programm nicht gefällt. Oder weil sie lieber ein Buch lesen. Mündigen Bürgern ist so etwas durchaus zuzutrauen. Wobei es eine Institution in Deutschland gibt, die sich genau das nicht vorstellen kann. Sie nennt sich Gebühren-einzugszentrale (GEZ) und kassiert die staatliche Rundfunk- und Fernsehgebühren. Dabei sind ihr schon lange jene Zeitgenossen ein Dorn im Auge, die kein Gerät zum Empfang der Bilderberiesung besitzen. Um denen habhaft zu werden, sendet die GEZ ein ganzes Heer von freiberuflichen Schnüfflern ins Land hinaus, die gegen Prämien sogenannte Schwarzseher überführen sollen. Beispielsweise mit der Frage, wie einem denn „Wetten, dass...?“ am Vorabend gefallen hätte. Nur wer darauf in voller Unschuld mit der Gegenfrage „Wetten, was?“ antwortet, ist aus dem Schneider. Die Gebührenhatz ist mühsam und teuer, weshalb man jetzt auf eine prima Idee gekommen ist: Zukünftig soll der Gebührenpflichtige nachweisen müssen, dass er kein entsprechendes Gerät besitzt – und nicht mehr die GEZ, dass er eines besitzt. Das ganze nennt sich „Beweislastumkehr“ und wirft ein paar praktische Fragen auf.

■ Die Kriminalisierung der Bürger ist ausbaufähig

Wie beweist man, keinen Fernseher zu besitzen? Durch eine notariell beglaubigte Fotodokumentation seiner Wohnung? Ständige öffentliche Begehbarkeit der eigenen vier Wände? Oder eine Überwachungskamera mit Standleitung in die GEZ-Zentrale? Selbst das beweist ja leider gar nichts. Vielleicht steht der Fernseher ja heimlich unter dem Bett oder ist in der Tiefkühltruhe versteckt. Egal wie man es dreht und wendet: Die eigene Unschuld lässt sich oft nicht beweisen. Eines der Grundprinzipien des demokratischen Rechtsstaates hieß deshalb bislang: Im Zweifel für den Angeklagten.

Immer häufiger wird daran gerüttelt. Etwa wenn ein Vermieter beweisen soll, dass er einen erfolglosen Wohnungssuchenden nicht aufgrund seiner Religion oder seines Alters abgelehnt hat. Dabei bleibt obendrein das Recht auf der Strecke, frei über sein Eigentum zu verfügen. So werden Grundlagen einer freien Gesellschaft Schrittchen für Schrittchen ausgehöhelt.

Die Kriminalisierung der Bürger ist ausbaufähig. Wenn für die GEZ die Beweislast umgedreht werden kann, warum nicht auch für andere wohlmeinende Institutionen. Wir hätten da ein paar Vorschläge: Bitte beweisen Sie künftig dem Finanzamt, dass Sie keine Steuern hinterzogen haben. Bitte beweisen Sie dem Jugendamt, dass Sie ihr Kind richtig erziehen. Bitte beweisen Sie dem Ordnungsamt, dass Sie im vergangenen Jahr nicht falsch geparkt haben. Wer in einem solchen Szenario in die Mühlen der Obrigkeit gerät, hätte einfach Pech gehabt. Was einmal Rechtssicherheit hieß, wäre ein Glücksspiel. Jeder Bürger stünde ständig mit einem Bein im Gefängnis, und wer nicht kuschelt, ganz schnell mit beiden.

forum@welt.de

Leserbriefe DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71608, E-Mail: forum@welt.de

Unbehagen über Klimastreit

Zu: „Klimaschutz killt die Demokratie“; WELT vom 14.12.

Es geht gar nicht mehr um die Klimakatastrophe und ob diese durch anthropogenes CO₂ ausgelöst werden kann. Ziel ist weniger, den Planeten Erde vor dem Hitzetod zu retten, als vielmehr mittels Angstverbreitung eine andere Gesellschaftsordnung durchzusetzen. „Durchsetzen“ im wahrsten Wortsinn, gegen jeden wissenschaftlichen Zweifel, ob CO₂ überhaupt ein klimabestimmendes Gas ist, gegen die Feststellung, dass das Klima beziehungsweise das Wetter den Computerszenarien nicht gehorcht und die Globaltemperatur nicht beschleunigt ansteigt, sondern stagniert, gegen offengelegte manipulierte Daten. Durchsetzen trotz weltweiter Wirtschaftskrise, unbeachtet weltweiter auf den Nägeln brennender Probleme, die wirklich vorrangig wären, wie Bekämpfung des Hungers und die Versorgung mit sauberem Wasser.

Erstauulich und befremdlich ist nur, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien unisono in diesem Fahrwasser mitschwimmen. Wird denn der verlogene Angriff auf die Freiheit und die parlamentarische Demokratie nicht wahrgenommen? Soll ein Václav Klaus der einzige bedeutende europäische Politiker bleiben, der diese Gefahr erkannt und benannt hat? Die Konferenz in Kopenhagen kann eigentlich nur ein Misserfolg werden, mit welchem Ergebnis auch immer. Einigt man sich tatsächlich auf verpflichtende CO₂-Reduzierungen, nimmt die Weltwirtschaft insgesamt Schaden, und ein weiterer Schritt in Richtung „neue Ordnung“ ist getan. Einigt man sich nicht, zeigen die Entwicklungsländer auf die Industrienationen und machen sie für jedes Extremwetter verantwortlich.

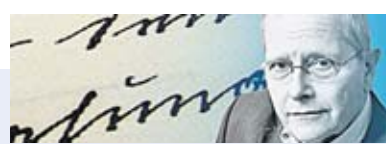
Georg v. Petersdorff, per E-Mail

Sehr geehrter Herr Kulke, Ihre Ausführungen bestätigen das bei mir seit Langem vorhandene Unbehagen über die Art und Weise der Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Ich gewinne immer mehr den Eindruck, dass es sich – da angeblich existenzielle Gefahren auf uns lauern – um einen mit quasi-religiösen Argumenten ausgetragenen Streit handelt. Da aber die Welt vor dem Untergang steht, spielen vernünftige und demokratische Gepflogenheiten keine Rolle mehr.

Nichts ist undemokratischer (oder auch unmenschlicher) als die Behauptung, wenn du nicht meines Glaubens bist, dann hast du

Der Chefredakteur bloggt



Lesen Sie Einschätzungen von Thomas Schmid zu Themen aus Politik, Kultur und Zeitgeschehen unter: schmid.welt.de

kein Recht auf Gnade. Ich vermisse in den elektronischen Medien zur besten Sendezeit stattfindende Streitgespräche unter den maßgeblichen Wissenschaftlern, nicht Politikern, die das ganze Spektrum des Für und Wider der angeblich von Menschen gemachten Klimakatastrophe darstellen. Aus der zumindest in dieser Zeitung geführten Diskussion ist zu entnehmen, dass alle Modelle der Klimaveränderung mit immer noch vielen Unbekannten rechnen, da die Komplexität dessen, was wir Atmosphäre nennen, einfach zu groß ist. Oder sollen mit dieser Vorgehensweise nur die Subventionen in die regenerativen Energien gerechtfertigt werden? Das wäre zumindest politisch noch nachvollziehbar.

Ich habe gelernt, dass naturwissenschaftliche Aussagen exakt und die Ergebnisse jederzeit reproduzierbar sein müssen. Solange aber der Streit unter den Fachleuten geführt wird, weil man eben nicht alle Fakten kennt, bleiben nur Wahrscheinlichkeiten übrig. Möglicherweise bleibt uns eine Klimaerwärmung nicht erspart. Vielleicht wä-

re es sinnvoll, nicht über Vermeidungsstrategien zu spekulieren, sondern Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Frank Rauen, Henstedt-Ulzburg

Aktionismus in Osnabrück

Zu: „Stadt ohne Eigenschaften“; WELT vom 12.12.

Die als langweilig und mittelmäßig dargestellte Stadt Osnabrück bemüht sich doch bestens, ihren Bürgern das Leben in der Stadt so schwer wie möglich zu machen und führt aus bloßem Aktionismus ab 1.1.2010 eine fast über die Hälfte der bebauten Stadtfläche greifende Umweltzone ein. Damit will man sich sicherlich vom Mittelmaß abheben und sich in die Reihe der Großstädte einordnen. Die Stadt beklagt, dass sie kein Geld habe und sparen müsse, aber für solch einen Unsinn – laut ADAC-Gutachten bringt eine Umweltzone nicht den gewünschten Erfolg – werden sechsstelligen Beträge ausgegeben. Auch den mittelständischen Unternehmen in der Stadt sollte man das Leben

nicht schwerer machen, als es zurzeit in der Krise ohnehin schon ist. Schließlich lebt die Stadt doch von deren Steuern. Ich kann die Parteien im Stadtrat nur auffordern, gebt mir meine Stimme aus der letzten Wahl wieder – das haben wir Bürger nicht gewollt.

H. J. Müller, per E-Mail

Unruhe der Frauen

Zu: „Wie Frauen sich selbst ruinieren“; WELT vom 16.12.

Meinen herzlichen Dank für diesen Beitrag. Naomi Wolf sieht die Situation sogenannter moderner Frauen richtig. Auch mich treibt diese innere Unruhe des Nie-Genügens um. Aber wie heißt es so schön in Anlehnung an Martin Luther Kings berühmtes Zitat: Die Menschen haben gelernt, wie Vögel zu fliegen und wie Fische zu schwimmen, aber sie haben verlernt, wie Menschen zu leben. Die Frauen unserer Zeit hätten jetzt die Chance dazu, aber sie ergreifen sie nicht.

Patricia Alda, Nottuln